

Was bringt die Frauenquote?

Für die einen ist die Quote eine Gängelung, die anderen sehen sie als überfällig an. Doch eigentlich bringt sie nur eine Gruppe in Bedrängnis: mittelmäßige männliche Politiker.

DORINA PASCHER

SALZBURG. Schon seit etlichen Jahren wird in der Partei der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, der CDU, um die Frage gerungen: Frauenquote oder nicht? Nun hat sich die CDU-Spitze für ihre Einführung ausgesprochen. Bis 2025 sollen Frauen bei der Vergabe von Parteiämtern und Mandaten gleichgestellt werden, wie die Struktur- und Satzungscommission der CDU beschlossen hat. Doch ob die Quote wirklich kommt, wird erst auf dem Bundesparteitag Anfang Dezember entschieden.

Allein an den Reaktionen kann man erkennen: Der Beschluss wird kein Selbstläufer. Vor allem aus dem Wirtschaftsraum der Partei kam Kritik. „Bei der CDU frage ich mich, ob sie angesichts einer Bundeskanzlerin, einer EU-Kommissionspräsidentin und derzeit noch einer Parteivorständin sowie drei von fünf Spitzen ihrer Bundesministerien in weiblicher Hand überhaupt diese Fraudebatterie braucht“, sagte die Präsidentin des CDU-nahen Verbands, Astrid Hamker.

Doch der Schein trügt. Zwar sind Kanzlerin und Parteivorsitzende in weiblicher Hand. Doch zum einen wird sich das spätestens im Herbst 2021 ändern. Zum anderen sind die Christsozialen überwiegend von Männern dominiert. Nur rund ein Viertel aller Mitglieder sind Frauen. Das ist nicht nur ein Problem der Merkel-Partei. Auch in politischen Institutionen findet sich ein ähnliches Bild. In deutschen Bundestag sind Frauen unterrepräsentiert. Nur knapp über 30 Prozent der Abgeordneten sind weiblich.

Das ist nicht nur ein kleiner Schönheitsfehler. Besonders in politischen Institutionen ist es wichtig, dass Frauen und Männer gleichermaßen repräsentiert sind. Davon ist Jessica Fortin-Rittberger, Politikwissenschaftlerin an der Universität Salzburg, überzeugt: „Parlamente sollen die tatsächliche Zusammensetzung unserer Gesellschaften widerspiegeln. Gewählte Vertreter sind dazu da, um die Interessen der Bürger zu vertreten.“



Die drei mächtigsten Frauen in der CDU: Parteichefin und Verteidigungsministerin Annette Kramp-Karrenbauer, ihre Vorgängerin EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Kanzlerin Angela Merkel. BILD: SHARP

Grundsätzlich gehe man davon aus, dass „Fraueninteressen“ stärker von Frauen vertreten werden könnten, fügt Politikwissenschaftlerin Daniela Braun von der LMU München hinzu. Das beinhaltet beispielsweise das Thema Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.

„Quoten sind keine Zaubersformeln, die über Nacht Parität schaffen.“

J. Fortin-Rittberger, Wissenschaftlerin

Zugleich ist das die Krux: Die Doppelbelastung ist der Grund, weshalb Frauen seltener in die Politik gehen als Männer. „Frauen sind immer noch in klassischen Familienrollen involviert“, sagt Braun.

Demzufolge hätten sie gerade abends, wenn auf kommunaler Ebene politische Entscheidungen getroffen würden, oft keine Zeit. Andere Faktoren spielen ebenfalls eine Rolle, so sind Frauen laut Stu-

dien weniger vernetzt und trauen sich oftmals nicht zu, Führungspositionen zu übernehmen. „Das sind klassische Barrieren für Frauen in der Politik, gegen die man mit einer Quotenregelung etwas unternehmen könnte“, sagt Braun. Oft fehre aber gar kein Bewusstsein dafür, dass es solche Barrieren für Politikerinnen überhaupt gebe.

Nicht nur in Deutschland ist die Geschlechterquote ein Thema. Frankreich führte 2000 ein Paritätsgesetz ein. Es sieht vor, dass Parteien gleich viele weibliche wie männliche Kandidatinnen zur Wahl aufstellen müssen. So erhöhte sich der Anteil der Frauen im französischen Parlament von elf Prozent 1997 auf 27 Prozent 2012. Parteien, die sich nicht an das Paritätsgesetz halten, werden staatliche Förderungen gekürzt. Doch manche Partei verzichten lieber auf das Geld, als mehr Frauen in ihre Wahllisten aufzunehmen. Selbst die Partei von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist in Sachen Frauenför-

derung nicht gerade ein Vorreiter. So hielt sich La République en Marche (LREM) zwar bei der Wahlliste noch an die Parität. Die wichtigsten Ministerämter besetzen aber weiter Männer. Daran konnte auch der höhere Frauenanteil im Parlament nichts ändern.

Was nützt also die Frauenquote? „Quoten sind keine Zaubersformeln, die über Nacht Parität schaffen“, sagt Fortin-Rittberger. Dennoch hat die Quote nicht nur den Effekt, den Frauenanteil in politischen Positionen zu erhöhen. Viele Studien zeigen, dass sogenannte Quotenfrauen mindestens genauso kompetent und qualifiziert sind wie ihre Kollegen.

Die Salzburger Politikwissenschaftlerin weist auf eine Studie aus Schweden hin. Dort haben Forscher festgestellt, dass Geschlechterquoten die Qualität von Politikern sogar verbessert hat, wie Fortin-Rittberger erläutert: „Der zusätzliche Wettbewerb drängte mittelmäßige männlicher Politiker zurück.“

Nordmazedonien wählt erstmals ein Parlament

Das erste Rennen nach dem Namenswechsel soll knapp ausfallen.

SKOPIE. Die Wirtschaft, der Weg in die EU und die Gesundheitsbeschäftiger die Wähler in Nordmazedonien derzeit am meisten. Gepaart mit der Tatsache, dass 74 Prozent die Mitgliedschaft in der NATO und 79 Prozent die EU-Beitrittsverhandlungen unterstützen, deutet das auf einen Wahlsieg der regierenden Sozialdemokraten (SDMS) bei der Parlamentswahl am Mittwoch hin. Schließlich war es Parteichef Zoran Zaev, der in zähen Verhandlungen den Namenstreit mit Griechenland belegen konnte. Der Kompromiss brachte seinem Land nicht nur den neuen Namen Nordmazedonien, sondern ebnete den Weg in die NATO und für EU-Beitrittsverhandlungen.

Umfragen sehen die Sozialdemokraten allerdings nicht klar in Führung. Vor allem die erwartete niedrige Wahlteiligung könnte sich zu ihren Ungunsten auswirken. Gerechnet wird mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen mit der nationalkonservativen Partei VMRO-DPMNE. Diese würde zwar die Namensänderung nicht rückgängig machen, sie wäre für ihr Wesen aber der schwierigere Partner. SN-pack, APA

Hagia Sophia: Besuche, wenn nicht gebetet wird

ISTANBUL soll nach ihrer Umwandlung in eine Moschee außerhalb der muslimischen Gebetszeiten für Besucher geöffnet bleiben. Da spreche nichts dagegen, erklärte die türkische Religionsbehörde am Dienstag. Christliche Symbole könnten bleiben, sie würden „während der Gebetszeiten abgedeckt“. Die Ankündigung des türkischen Präsidenten, den Kuppelbau für muslimische Gebete zu öffnen, sorgt international für hitfe Kirtik. SN_dpa

Macron wagt die Flucht nach vorn

Frankreichs Präsident will trotz neuer Regierung den Kurs nicht ändern.

BIRGIT HOLZER

PARIS. Anders als seine Vorgänger hatte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron das traditionelle Fernsehinterview am Nationalfeiertag bislang abgelehnt. Heuer beugte er sich dem öffentlichen Druck. Mit strahlendem Teint und häufig einem spielerischen Lächeln begegnete der 42-jährige Präsident zwei Starjournalisten. Es handelte sich um Macrons erstes Fernsehinterview seit 2018. Seitdem zog er vorab aufgezeichnete Ansprachen vor.

Der Dialog erlaube ihm nun, direkt auf Vorwürfe zu reagieren. Ja, räumte er ein, er könne den Hass mancher Menschen verstehen, weil das Missverständnis aufgekommen sei, er reformiere nur im Sinne der Stärksten der Gesellschaft. Ihm sei es nicht gelungen, den Franzosen

wieder Vertrauen in die Politik zu geben. „Heißt das, dass sich aufhören werde zu kämpfen, zu versuchen, andere von meinem Projekt zu überzeugen? Nein.“

Arbeitslosigkeit wird wohl massiv steigen

Mit seinem bisherigen Premierminister Édouard Philippe aber „im Elttempo“ Reformen durchgezogen, um das Land zu modernisieren – vom Arbeitsmarkt über die Staatsbahn SNCF bis zu den Schulen. Man sei vor Beginn der Coronakrise dabei gewesen, die „Schlacht gegen die Massenarbeitslosigkeit“ zu gewinnen, sagte Macron.

Aber bei den Franzosen sei das Gefühl entstanden, er reformiere „gegen sie“. Mit dem neuen Premier

Jean Castex wolle er nicht die Richtung ändern, aber die Methode: mehr Dialog mit den Sozialpartnern und lokalen Abgeordneten. Von der Pensionsreform, gegen die es im Winter heftige Proteste gegeben hat, will Macron nicht abrücken. Aber er verspricht mehr Abstimmung.

Infolge der Coronakrise werde die Arbeitslosigkeit massiv steigen, ebenso wie die Zahl der Sozialpläne, warnte der Präsident. Doch sollte es zu einer zweiten Pandemiewelle kommen, sei Frankreich bereit, versicherte er.

Seine Priorität liege künftig auf der Jugend. Bei der Einstellung von Berufsanfängern werden Abgaben erlassen und die Plätze für Jugendliche, die einen zivilen Dienst ableisten wollen, verdoppelt man auf 100.000.

Schöne Reden reichen nicht mehr

STANDPUNKT
Birgit Holzer



Die Analyse, die Emmanuel Macron über den Zustand seines Landes macht, ist treffend: Frankreich durchlebt eine Vertrauenskrise. Die Menschen erwarten gar nichts mehr und zugleich alles von ihrem Präsidenten – er hat keine einfache Position.

Aber Macron räumte bei seinem TV-Interview richtigerweise auch ein, dass er Fehler gemacht hat. Mit unbedacht hingeworfenen Sätzen und bestimmten Taten könnten er den Eindruck, aus Frankreich eine „Start-up-Nation“ machen zu wollen, in der die Stärken gefördert werden und die Schwächen auf der Strecke bleiben. So schaffte er die Reichensteuer

ab und beschloss kurz darauf eine – wenn auch nur geringe, aber symbolisch aufgeladene – Kürzung des Wohlgehodes für die Ärmsten. Dieser Eindruck täuschte zwar, da Macron die Schuldbetreibung in sozialen Brennpunkten verbesserte und die Arbeitslosigkeit senkte. Aber er bemühte sich wenig darum, seine Politik zu erklären.

Es ist nun an Macron, aus diesen Fehlern zu lernen und es nicht nur bei wohlklingenden Versprechen zu belassen. Ein guter Redner war Frankreichs Präsident immer. Aber der Praxistest hat dazu geführt, dass sich viele Menschen enttäuscht von ihm abgewandt haben. Sie wieder zu gewinnen ist keine leichte Aufgabe. Es kann ihm nur gelingen, wenn den Worten greifbare Taten folgen.

AUSSEN@SN.AT